

Resolution der Landesvertreterversammlung des NABU Mecklenburg-Vorpommern

Güstrow, 30. März 2019

Letzte Chance: Eine neue, naturverträgliche EU-Agrarpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

Der NABU fordert die Landesregierung und insbesondere den Landwirtschafts- und Umweltminister Mecklenburg-Vorpommerns auf, sich im Rahmen der GAP-Reform als Landesregierung gegenüber dem Bund und der EU deutlich für Änderungen zu positionieren, so dass Agrarsubventionen endlich für den Erhalt der Biologischen Vielfalt eingesetzt werden und nicht mehr so, dass diese zerstört wird.

Derzeit verfügt die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) über ein jährliches Budget von 58 Milliarden Euro – das entspricht 114 Euro Steuergeld pro EU-Bürgerin und EU-Bürger. Trotzdem ist die GAP seit Jahrzehnten nicht in der Lage, den vielfach belegten dramatischen Rückgang an Tier- und Pflanzenarten aufzuhalten, für den vor allem die Veränderungen in der Landwirtschaft verantwortlich sind. Allein etwa 350 Millionen Euro werden als Direktzahlungen pauschal an die Eigentümer der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Mecklenburg-Vorpommern ausgereicht. Nur ein viel zu geringer Anteil des GAP-Budgets fließt in finanzielle Anreize für Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft.

Die GAP belohnt stattdessen eine immer intensivere Bewirtschaftung. Pestizide, übermäßige Düngung und die Vernichtung von Landschaftsstrukturen belasten Artenvielfalt, Gewässer, Böden, Luft und Klima immer stärker. Dies bedroht unsere Ernährung, Gesundheit, Wirtschaft und Wohlstand. In ganz Europa ist diese Form der Landwirtschaft mittlerweile zur Hauptursache für den Rückgang von Insekten, Vögeln und der Biodiversität insgesamt sowie zur Hauptbelastungsquelle für Grund- und Oberflächengewässer geworden.

Die derzeit laufenden Verhandlungen zur GAP 2021 bis 2027 bieten wohl die letzte Chance auf einen ökologischen und gleichzeitig sozialverträglichen Wandel der Agrarpolitik. Noch lässt sich der notwendige Übergang mit einem ausreichend großen Budget für Anreize und Umstellungshilfen gestalten.

Die Landesvertreterversammlung des NABU Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung deshalb auf, sich bei allen Verhandlungen im Rahmen der GAP-Reform unmissverständlich für eine naturverträgliche Gemeinsame Agrarpolitik der EU einzusetzen.

Insbesondere **müssen auf EU-Ebene 15 Milliarden Euro GAP-Mittel jährlich für die Honorierung von Naturschutzleistungen von Landwirten verbindlich zweckgebunden werden.** Außerdem müssen **verschärfte Umweltaforderungen** als Bedingung für den Erhalt jeglicher Agrarsubventionen, unter anderem die

Bereitstellung von zehn Prozent der Acker- und Sonderkulturflächen als nicht-produktive „Ökologische Vorrangflächen“ gelten. Generell **müssen die derzeitigen pauschalen Flächenprämien schnellstmöglich in gezielte Anreize und Umstellungshilfen für eine naturverträgliche Landwirtschaft umgewandelt werden.**